



NIEDERSACHSEN

VORWÄRTS

BITTE VORMERKEN!
KOMMUNALKONGRESS
9. JUNI, 10.00–14.00 UHR
Hannover-Congress-Centrum – HCC

MAI 2012 | WWW.SPD-NIEDERSACHSEN.DE

EDITORIAL



LIEBE GENOSSINNEN, LIEBE GENOSSEN,

Die »Unterweg für den Wechsel«-Tour geht weiter. Ich komme viel herum, spreche mit vielen Menschen und mir wird immer bewusst: Das entscheidende politische Thema für Niedersachsen ist die Bevölkerungsentwicklung! Große Teile des Landes, vor allem im Osten und im Süden, stehen vor einem erheblichen Rückgang der Bevölkerung. Das ist ein soziales Thema, aber auch ein wirtschaftliches, denn die niedersächsischen Unternehmen benötigen auch künftig junge und qualifizierte Arbeitskräfte.

Vor kurzem hat uns die Niedersächsische Landesregierung ihr »Konzept« vorgelegt, am dem sie sage und schreibe 5 Jahre gearbeitet hat. Heraus gekommen ist viel, viel heiße Luft. Zum wichtigsten Thema in Niedersachsen fällt der Landesregierung nichts ein.

Die SPD hält dagegen. Wir werden eine betont kinder- und familienfreundliche Politik durchsetzen und junge Menschen ermutigen, eine Familie zu gründen. Wir werden die Regionen stärken und auf Augenhöhe mit den Kommunen passgenaue Konzepte erarbeiten. Und wir werden uns um gute Pflege und eine gute medizinische Versorgung kümmern, überall in Niedersachsen. Das wird unsere Handschrift sein im anstehenden Landtags-Wahlkampf.

Euer

Stephan Weil
Landesvorsitzender

ALTKANZLER UNTERSTÜTZEN STEPHAN WEIL!

SPD-Landesvorsitzender und Spitzenkandidat für die Landtagswahl trifft die Altkanzler Helmut Schmidt und Gerhard Schröder in Hannover



Fotos (2): Udo Weger

Altkanzler-Treffen mit unserem Spitzenkandidaten in Hannover: In lockerer Atmosphäre diskutierten Helmut Schmidt, Gerhard Schröder und SPD-Landesvorsitzender Stephan Weil kurz vor Eröffnung der Hannover-Messe über aktuelle politische Themen. Im Mittelpunkt stand die Finanzkrise Europas.



Zur Lösung der gegenwärtigen Haushalts- und Schuldenkrise brauche Europa eine gemeinsame Strategie für mehr Wachstum und neue Arbeitsplätze, forderte Schmidt. Allein durch Haushaltseinsparungen könne Europa nicht gesund werden. Diese Position des 93-jährigen Altkanzlers unterstützt unser Spitzenkandidat Stephan Weil. Für ihn muss auf europäischer Ebene das Schaffen neuer Arbeitsplätze im Mittelpunkt der Politik stehen – vor allem für

Jugendliche. Weil: »In Europa muss viel mehr gegen die Jugendarbeitslosigkeit getan werden. Wenn in Spanien oder Griechenland 50% der jungen Menschen ohne Arbeit sind, ist das eine tickende europäische Zeitbombe.« Bevor Weil das Amt des Obermeisters von Hannover antrat, war er Kämmerer der Landeshauptstadt und kennt sich deshalb hervorragend mit Finanzen aus. Wunsch des 53-jährigen Spitzenkandidaten: »Ich hoffe, ich bin mit 93 Jahren auch noch so fit wie Helmut Schmidt.«

Gerhard Schröder (68) setzt sich im Gespräch mit Schmidt und Weil für die Koordinierung der Geldpolitik sowie der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik in Europa ein. Alle Länder sollen dafür auf ein Stück nationale Souveränität verzichten. Dafür gewinne Europa insgesamt aber an Stärke und Stabilität. Ein wichtiger Schritt wäre für Altkanzler Schröder ein Euro-Finanzminister. Zu Schmidt und Weil hat Schröder eine besondere Beziehung: Beim ersten war er einer der Nachfolger im Kanzleramt. Vorher war er Ministerpräsident in Niedersachsen. Und setzt deshalb auf Stephan Weil, der gute Chancen hat, dieses Amt Anfang nächsten Jahres zu übernehmen. Schröder: »Für die Landtagswahl wünsche ich Stephan Weil und meiner niedersächsischen SPD alles Gute!« ■

Im Niedersachsen-vorwärts:
»TiL – Themen im Landtag«
(Mittelteil Seiten 1–4)

HANS-JOACHIM KERBER IST NEUER VORSITZENDER DER SPD-SENIOREN IM BEZIRK NORD-NIEDERSACHSEN



Die Delegierten der SPD-60plus-Bezirkskonferenz wählten Hans-Joachim Kerber aus Langen (Landkreis (LK) Cuxhaven) zu ihrem neuen Vorsitzenden. Er konnte sich in einer Stichwahl gegen den bisherigen Bezirksvorsitzenden Heinz Carlsson (Lauenbrück /LK Rotenburg) durchsetzen. Kerber machte deutlich, dass Zukunft nur im Miteinander der Generationen zu gewinnen ist. Zum anderen suchen die Älteren in der SPD die Zusammenarbeit mit anderen Verbänden und Organisationen. Kerber: »Wir brauchen Mitstreiterinnen und Mitstreiter für eine

wirksame, nachhaltige Generationenpolitik«. Ihm zur Seite stehen die neuen stellvertretenden Bezirksvorsitzenden Alfred Eggers (LK Verden), Renate Preuß (LK Osterholz) und Wilfried Pflöging (Heidekreis). Weitere Mitglieder sind als Schriftführer Marian Lühje (LK Stade) und als weitere Mitglieder im Vorstand: Marlis Müller (Heidekreis), Hans-Jürgen Neumann, Ingo Ulrich (beide LK Rotenburg), Hans Jürgen Schade, Anne-Marie Tiedemann (beide LK Cuxhaven) und Renate Styhn (LK Stade)

Der Finanzexperte der SPD-Bundestagsfraktion, Lothar Binding erläuterte anschaulich die für die Entstehung der Finanzmarktkrise bedeutenden Zusammenhänge – von den Eigenkapitalreserven gemäß den Basel II Regeln, Verbriefungen, Kreditverlagerungen zu Zweckgesellschaften bis zur Niedrigzinspolitik und den Erosionen am Immobilienmarkt in den USA. Während es in Deutschland hauptsächlich ein Liquiditätsproblem gäbe, müsse man für die USA von einem Solvenzproblem sprechen.

Binding schaffte den schwierigen Spagat, die hochkomplexen Mechanismen des Finanzsystems auch für Laien verständlich darzustellen und kam zu einer klaren Bewertung: »Die Hiobsbotschaften von den internationalen Finanzmärkten der letzten Wochen haben bei vielen Banken einen schockierenden Mangel an Verantwortungsbewusstsein, Selbstdisziplin und internen Kontrollen offen gelegt.«

Der Heidelberger Bundestagsabgeordnete rechnet mit schwerwiegenden Folgen der Krise: »Sie wird bleibende Spuren hinterlassen. Das Weltfinanzsystem wird multipolarer. Für dieses neue System brauchen wir klare Regeln und ein neues Wertesystem, um Verantwortung neu zu begründen und Vertrauen wiederherstellen.« Dazu müssen strenge Vorschriften für die Kreditvergabe und Eigenkapital, das Verbot rein spekulativer Leerverkäufe, der Aufbau schlagkräftiger Kontroll- und Sanktionsorgane oder verbindliche Standards für eine stärkere Haftung gehören. ■



Kurt-Peter Christophersen ist ein erfahrener Schreiber und Niedersachsen-Kenner. Er wirft regelmäßig einen satirischen Blick auf die Landespolitik.

Die Zum Glück hat es sich in den Medien weitgehend ausgewulfft. Es war ja kaum noch auszuhalten, fast jeden Tag erschien eine neue Schnäppchen-Variante des ehemaligen niedersächsischen Ministerpräsidenten und kurzfristigen Bundespräsidenten. Doch immerhin hat der Mann die eine oder andere Spur hinterlassen. So ist aus der Staatskanzlei in Hannover zu hören, dass Christian Wulff einst großzügige Sponsoren verschreckt hat. Wer zum diesjährigen Sommerfest der Landesregierung in die Berliner Ministergärten eingeladen ist, darf zwar wie immer kostenlos essen und trinken, aber es wird

wohl bescheidener zugehen als früher. Allein im vorigen Jahr verprassten die rund 3000 Gäste 384 754,90 Euro innerhalb weniger Stunden. Das macht pro Kopf etwa 128 Euro. Alles gesponsert, entweder über Sach- oder Geldspenden.

Für dieses Jahr rechnet die Staatskanzlei mit deutlich weniger Sponsorengeldern und die zuständige Staatssekretärin Martina Krogmann redet von »Abspecken«. So resultiert aus der Affäre Wulff doch noch etwas Vernünftiges. Aber als Aprilscherz ist hoffentlich die Drohung zu verstehen, dass Bettina und Christian Wulff ihre Memoiren schreiben wollen. Sie über ihre 598 Tage als Herrin von Schloss Bellevue, er über sein ganzes Leben.

Ob Scherz oder Realsatire, es gibt Wichtigeres als diese Wulffs. Zum Beispiel die Welfen und das Unkraut. Von beiden ist auf zwei höchst seriösen Tagungen die Rede gewesen. In Osnabrück trafen sich internationale Experten, um über die Herrschaft des Welfen-Geschlechts in Hannover und in England zu räsonieren. Immerhin saßen die Welfen zwischen 1714 und 1837 auf dem

englischen Thron und regierten zugleich ein deutsches Kurfürstentum. Trotzdem existieren sie immer noch.

Das gilt auch für pflanzliche Gewächse, die der Gärtner nicht in seinem Garten und der Förster nicht in seinem Wald dulden will. Auf der »25. Deutschen Unkrauttagung« in der Technischen Universität zu Braunschweig ging es um die Vernichtung ungewollter Gewächse. Noch müssen wir uns damit abfinden, dass Unkraut nicht vergeht. Aber Wissenschaftler kündigen an, das Übel bald mit Laserstrahlen ein für alle Mal auszurotten. Bis es so weit ist, wird die Beifußblättrige Ambrosie ebenso wie Japan-Knöterich und Riesenbärklau wild wuchern. Aber es beruhigt natürlich ungemein, dass Experten auf deutschen Unkrauttagungen in Braunschweig über Strategien zur Unkrautvernichtung sinnieren.

Braunschweig ist nicht nur die Stadt der Unkrautbekämpfung, sondern war auch schon mal Tatort-Schauplatz. Die niedersächsische Variante der Kult-Krimiserie wandert von Ort zu Ort und LKA-Beamtin Maria Furtwängler (oder heißt sie Charlotte Lindholm?) muss mitreisen. Städte wie Gifhorn, Lüneburg, Stade, Hameln und Bad Pyrmont werden von der Kommissarin aufgesucht. Natürlich kommt auch die Landeshauptstadt Hannover im Krimi vor, öfter jedenfalls als Gifhorn. Doch wieso gibt es keinen Wolfsburg-Tatort? Stoff genug ist vorhanden, man denke an die Rotlicht-Affäre rund um VW oder an die Wolfsburger Stadtwerke, deren Führungskräfte sich selbst zerfleischen. Der Stadt wird zum Verhängnis, dass dort der größte europäische Autohersteller zu Hause ist. Wenn der NDR in Wolfsburg dreht, fahren zwangsläufig lauter VW durchs Bild. Das geht natürlich nicht, wegen Schleichwerbung, sagte eine NDR-Sprecherin den Wolfsburger Nachrichten.

Wenn Wolfsburg nicht machbar ist, könnte der NDR seine Kommissarin auf das Sommerfest der Landesregierung nach Berlin schicken. Schleichwerbung wäre da keine Gefahr, denn die Sponsoren in Niedersachsen sind wulffseidank aus Schaden klug geworden und laufen vor jeder TV-Kamera weg, so schnell und weit sie können. ■ Kurt-Peter Christophersen

Impressum

Herausgeber:

SPD Niedersachsen

Verantwortlich: Michael Rüter

Redaktion: Remmer Hein,

Christoph Matterede,

Lothar Pollähne,

Sebastian Schumacher,

Burkhard Zühlke

Titelfoto Stephan Weil:

Dominik Butzmann

Anschrift: Odeonstraße 15/16,

30159 Hannover

E-Mail: lopo.vorwaerts@gmx.de

Layout & Satz: Anette Gilke

mail@AnetteGilke.de



SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DEUTSCHLANDS
LANDESVERBAND NIEDERSACHSEN

Spendenbrief zur Landtagswahl Niedersachsen 2013

Liebe Genossinnen und Genossen,

am 20. Januar 2013 wählen wir in Niedersachsen wieder einen neuen Landtag. Dafür haben wir uns als Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten ein klares Ziel gesetzt: Den Regierungswechsel!

Wir wollen wieder stärkste Fraktion im Landtag werden und den nächsten Ministerpräsidenten stellen. Die Chance ist da, aber wir werden dafür noch hart arbeiten müssen - gemeinsam.

Deshalb wird es in den nächsten Wochen und Monaten in der politischen Auseinandersetzung spannend und wir haben ein aufregendes aber auch anstrengendes Wahlkampfjahr vor uns.

Unser Bundesland ist ein Land mit unglaublichen Entwicklungspotenzialen und Zukunftsperspektiven, ein Land der Regionen und der Vielfalt. Aber leider bleibt Niedersachsen weit hinter seinen Möglichkeiten zurück.

Die SPD in Niedersachsen hat ein klares Bild von einem modernen zukunftsfesten und welt-offenen Niedersachsen. Wir wollen in die Zukunft unser Kinder und Enkelkinder und in die Zukunft unseres Landes verantwortungsvoll investieren. Wir wollen ein kinder- und familienfreundliches Niedersachsen. Wir wollen ein Niedersachsen, das der Wirtschaft durch Planungssicherheit ein verlässlicher Partner sein will, aber auch die Fairness auf dem Arbeitsmarkt einfordert. Ein Niedersachsen, das endlich ernst macht mit der so oft beschriebenen Vereinbarkeit von Familie und Beruf. Wir werden den demographischen Wandel als Herausforderung und Chance zugleich annehmen und gemeinsam mit den Regionen ein passgenaues Konzept erarbeiten. Wir laden deshalb in einem offenen Dialog alle interessierten Bürgerinnen und Bürger ganz herzlich ein, mit uns an diesem neuen Niedersachsen zu arbeiten.

Das alles wird uns als Partei stark fordern, personell aber auch finanziell. Deshalb wende ich mich heute mit einer besonderen Bitte an Dich: Wir brauchen Deine finanzielle Unterstützung - schon 10, 30 oder 50 Euro können uns unserem Ziel näher bringen! Hilfst Du mit?

Wir brauchen Deine Unterstützung! Und Niedersachsen braucht endlich wieder eine sozialdemokratische Landesregierung.

Wir bedanken uns herzlich für Deine Unterstützung.

Mit herzlichen Grüßen

Stephan Weil
Landesvorsitzender

Stephan Weil
Landesvorsitzender

Postanschrift:
SPD-Landesverband
Niedersachsen
Odeonstraße 15/16
30159 Hannover

Tel.: 0511/1674-200
Fax.: 0511/1674-211
E-Mail: stephan.weil@spd.de

Hannover, im April 2012

Wenn du spenden möchtest, dann spende bitte auf folgendes Konto des SPD-Landesverbands:

**SPD Niedersachsen
Sparkasse Hannover
Konto 900 403 713
BLZ 250 501 80
oder online auf www.spdnds.de**

Selbstverständlich senden wir dir auf Wunsch eine Spendenbescheinigung zu.



Fordert mehr Investitionen bei der Bahn: MdL Detlef Tanke.

DIE GEFÄHRLICHSTE AUTOBAHN DEUTSCHLANDS

Die A2 zwischen Hannover und Helmstedt ist die gefährlichste Autobahn Deutschlands: MdL Tanke fordert mehr Investitionen in den Schienenverkehr

Als Landtagsabgeordneter des Wahlkreises Gifhorn-Süd und Bürgermeister von Hillerse kann Detlef Tanke ein Lied davon singen, wie problematisch der Öffentliche Personen-Nahverkehr (ÖPNV) für alle ist, die mit Bus und Bahn in und aus entlegenen Regionen von A nach B wollen. »Wenn ich von Hillerse nach Hannover in den Landtag mit der Bahn fahre, bin ich von zu Hause bis zum Landtag rund eine Stunde unterwegs, obwohl dies nur gute 50 km Luftlinie sind. Und da bin ich als Bürger im ländlichen Bereich gut dran! Mein Vorteil ist, das ich von Hillerse bis zum Bahnhof Leiferde bei gutem Wetter auch mit dem Fahrrad fahren kann.« Wer allerdings keinen Bahnhof in der Nähe hat, ist ohne PKW aufgeschmissen.

Tanke, der auch Vorsitzender des Zweckverbandes Großraum Braunschweig ist: »Wir müssen dringend zu flexibleren Systemen kommen.« Denkbar sind Anruf-Minibus-Taxen für 5 bis 10 Personen, die nach telefonischer

Anforderung innerhalb von 10 Minuten vor der Tür stehen. Diese werden nach seinen Worten schon in Wesendorf erfolgreich eingesetzt.

Für Tanke ist klar, dass der ÖPNV der Zukunft viel mit Science-Fiction zu tun hat. Denkbar sind kleine selbständig fahrende Kabinen in der Größe vom Smart, in denen man einfach Platz nimmt und sagt, wohin man will. Diese fahren dann zum nächsten Bahnhof oder zur nächsten Autobahn und werden dort Bestandteil größerer Systeme.

Spätestens dort kommt es dann zu einer Verschmelzung mit effektiveren Formen des Güterverkehrs, der bislang die Autobahnen verstopft und unnötige Emissionen produziert.

In den vergangenen 50 Jahren ist das Verkehrsaufkommen in Deutschland explodiert. Der Ausbau der Verkehrsweg hat damit aber bei weitem nicht Schritt gehalten. Beispiel Hannover – Braunschweig: Die A2 wurde im Umfeld der Expo 2000 in Hanno-

ver zwar auf 3 Spuren je Fahrtrichtung erweitert, gilt aber durch den enormen Anstieg des LKW-Verkehrs als gefährlichster Autobahn-Abschnitt Deutschlands. Im Zugverkehr zwischen Hannover und Braunschweig sind es die gleichen Bedingungen wie vor 50 Jahren mit 2 Gleisen, auf denen Güter- und Personenverkehr miteinander konkurrieren. Immer wieder werden auch zu Stoßzeiten Personenzüge ausgebremst, weil sie einen deutlichen langsameren Güterzug vor sich haben.

Detlef Tanke: »Gerade im Bahnbereich sehe ich einen enormen Investitionsbedarf. Mit dem Ausbau des Schienennetzes können auch günstigere Tarife für den Gütertransport bei der Bahn angeboten werden.« Eine weitere Entlastung der Straße bieten Binnengewässer wie der Mittelland-Kanal. Die Verdoppelung der Dieselpreise von 1990 bis jetzt wird auch hier zu einem Umdenken von Teilen der Logistik-Branchen führen können. ■

JUSOS NIEDERSACHSEN WÄHLEN NEUEN VORSTAND



Der neue Landesvorstand der niedersächsischen Jusos.

130 Delegierte der niedersächsischen JungsozialistInnen haben sich im April in Osnabrück getroffen, um inhaltliche Schwerpunkte für die nächsten zwei Jahre zu setzen und einen neuen Vorstand zu wählen.

Neuer Vorsitzender ist der 23jährige Benjamin Köster aus Hannover. Er löst Jonathan Schorling aus Munster ab, der die Jusos in den vergangenen Jahren anführte und dem neuen Vorstand als stellvertretender Vorsitzender angehört. Weitere Stellvertreterinnen wurden Ali-

ne Rennebeck (Cuxhaven), Pia Klein (Emden), Knud Hendricks (Osnabrück), Sarah Andreas (Hannover), Sebastian Kunde (Braunschweig), Mareile Wiegmann (Emsland), Arne Zillmer (Stade), Siemtje Möller (Göttingen), Christian Trapp (Bad Essen) und Helge Stein (Göttingen) gewählt. Landesgeschäftsführer wurde Johannes Melcher aus Göttingen.

Aus der bisherigen Vorstandsarbeit verabschiedeten sich damit Sonja Kapp (Munster), Renke Bruhn (Wittmund) und Charlotte Rosa Dick (Salzgitter), die bislang als StellvertreterInnen fungierten. Dennis Rohde aus Wiefelstede trat ebenfalls nicht erneut als Geschäftsführer an. Insbesondere bei der Verabschiedung von Sonja wurde es emotional, da sie dem Landesvorstand die vergangenen zehn Jahre angehörte. Der Bundestagsabgeordnete Lars Klingbeil kam eigens zu ihrer Verabschiedung nach Osnabrück und die Konferenz dankte Sonja für ihre Arbeit mit Standing Ovations.

An den zwei Konferenztagen verabschiedeten die Jusos auch zahlreiche Anträge. So bekräftigten sie ihre Forderung nach Abschaffung jeglicher Bildungsgebühren, sprachen sich für eine Rekommunalisierung öffentlicher Daseinsvorsorge aus und legten Vorschläge für eine stärkere Besteuerung hoher Einkommen vor. Große Aufmerksamkeit

wurde rassistischen und nationalistischen Tendenzen in der Gesellschaft gewidmet. So wird ausdrücklich ein neuerliches NPD-Verbotsverfahren begrüßt, allerdings mahnte die Konferenz auch eine intensive Auseinandersetzung mit weitverbreitetem Alltagsrassismus und den Positionen der Neuen Rechten an. Dem Verfassungsschutz warfen die Delegierten in der Aufklärung um die NSU-Terrorermordserie völliges Versagen vor und halten in letzter Konsequenz auch seine Abschaffung für einzig sinnvoll.

Begrüßt werden konnten in Osnabrück zahlreiche Gäste, so hielten unter anderem der Europaabgeordnete Bernd Lange und Oberbürgermeister von Osnabrück, Boris Pistorius, ihre Grußworte. Gemeinsam mit dem Spitzenkandidaten der niedersächsischen SPD, Stephan Weil, diskutierten die Jusos besonders umfassend über die Herausforderungen der kommenden Landtagswahl. Die Jusos fordern im Falle einer Regierungsübernahme u.a. die sofortige Abschaffung der Studiengebühren und eine soziale Asylpolitik. »Wir brauchen in Niedersachsen einen echten Politikwechsel, unserer Meinung nach kann das nur mit einer linken Mehrheit geschafft werden. Eine Koalition mit der CDU lehnen wir ab!«, so Juso-Landesvorsitzender Benjamin Köster. ■

STEPHAN WEIL: ASSE-ATOMMÜLLBERGUNG MUSS ZÜGIG STARTEN

Niedersachsens SPD-Landesvorsitzender Stephan Weil ist vor kurzem in die Schachanlage Asse II eingefahren, um sich ein Bild von der Situation des maroden Atommülllagers bei Wolfenbüttel zu machen. Im Anschluss sagte Weil, die Einfahrt sei »beeindruckend und beklemmend« gewesen. Der SPD-Landesvorsitzende forderte, dass mit der Bergung der 126.000 Fässer mit schwach- und mittelradioaktiven Abfällen so schnell wie möglich begonnen werden müsse.

Weil: »Die Asse hätte niemals als Atommüllendlager missbraucht werden dürfen. Hier haben die damaligen Betreiber unfassbar verantwortungslos gehandelt. Jetzt sind alle Entscheidungsträger gefordert, die radioaktiven Fässer so schnell wie möglich zu bergen.« Insbesondere Bundesumweltminister Norbert Röttgen (CDU) müsse »zügig die rechtlichen Grundlagen« hierfür schaffen. Weil: »Bundesumweltminister Röttgen steht bei den Menschen hier im Wort, dass die Rückholung zügig beginnt. Dafür muss er endlich den versprochenen Entwurf für ein Asse-Sondergesetz vorlegen. Weitere Verzögerungen sind nicht hinnehmbar. Die Bohrer zum Anbohren sind bereit, aber die Ampeln stehen auf rot, weil der Rechtsrahmen nicht steht. Die Sicherheit der Bevölkerung und der

Beschäftigten muss bei der Rückholung an erster Stelle stehen«, so Weil. Damit das »Projekt Rückholung« gelingen könne, seien dem Bundesamt für Strahlenschutz (BfS) alle notwendigen finanziellen und personellen Ressourcen zu gewähren, betonte der SPD-Landesvorsitzende.

Weil war mit dem Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), Wolfram König, dem SPD-Landtagskandidaten Falk Hensel, sowie Vertreterinnen und Vertretern der anliegenden Kommunen und Bürgerinitiativen in den Schacht eingefahren. »Nach allem was ich gesehen habe, leistet das Bundesamt für Strahlenschutz sehr gute Arbeit. Insbesondere ist es seit 2009 gelungen, zwischen den Behörden und der Bevölkerung wieder eine Vertrauensbasis zu schaffen. Das ist ein großer Verdienst«, so Weil. Es sei völlig unverständlich, warum Bundesumweltminister Röttgen eine neue Endlagerbehörde schaffen wolle. »Die niedersächsische SPD lehnt eine Zerschlagung des BfS ab. Das ist nicht im Interesse Niedersachsens und ich erwarte deutliche Worte des Ministerpräsidenten in dieser Sache.«

Positiv: Der Bundestag hat die Bundesregierung mit der Einrichtung einer Task-Force beauftragt, die die Beseiti-



gung des Atommülls in der Asse südlich von Braunschweig beschleunigen soll. Er folgt damit einer Empfehlung der niedersächsischen SPD-Bundestagsabgeordneten. Stephan Weil begrüßt die Einrichtung dieser Task-Force.

Stephan Weil: »Wir brauchen dringend mehr Führungsstärke, Entschlossenheit und Koordination seitens der verantwortlichen Bundesregierung, um Risiken für die Menschen und die Umwelt dieser Region Niedersachsens zu minimieren.« Niedersachsen dürfe nicht zum Atomklo Deutschlands werden. ■

Stephan Weil, der Wolfenbütteler Landtagskandidat Falk Hensel, Kolja Baxmann, Heike Wiegel und Udo Dettmann von der Bürger-Initiative »AufpASSEn« ließen sich vom Präsidenten des Bundesamtes für Strahlenschutz (BfS), Wolfram König (links), den Stand der Erkundungsarbeiten in der Asse erläutern.

SGK – DAS PORTRAIT

Die Sozialdemokratische Gemeinschaft für Kommunalpolitik in Niedersachsen e.V. (SGK) hat Mitgliederzahl gesteigert

»Die SGK als Interessenvertreterin aller niedersächsischen SPD-Kommunalpolitikerinnen und -Kommunalpolitiker nimmt weiterhin einen gefestigten Platz innerhalb des SPD-Landesverbandes ein«, freut sich Landesgeschäftsführer Dr. Manfred Pühl aus Leer. »Mehr als 2.200 Mitglieder bringen dabei die Bedeutung der Kommunalpolitik innerhalb des Politikspektrums vor allem auf Landesebene eindrucksvoll zum Ausdruck.«

Insbesondere nach der Kommunalwahl 2011 konnte die Mitgliederzahl erheblich gesteigert werden, obwohl nach dem Kommunalwahlergebnis leider Mandatsverluste zu registrieren waren.

Insgesamt gehören der SGK Niedersachsen derzeit 179 Fraktionen, 19 aktive LandrätInnen, 9 OberbürgermeisterInnen und 46 aktive BürgermeisterInnen sowie eine große Zahl von Einzelmitgliedern an.

»Gleichwohl könnte die Schlagkraft

der Niedersachsen-SGK noch erheblich gesteigert werden. Die SPD stellt nach der Kommunalwahl 2011 auf Kreis-, Regions- und Gemeindeebene ca. 6.200 Abgeordnete,« betont der Landesvorsitzende Franz Einhaus, im Hauptberuf Landrat im Kreis Peine.

In der Tat sei es eine Grunderfahrung, dass sich die politischen Erfolge der SPD zu einem beträchtlichen Teil aus starken kommunalpolitischen Fundamenten herleiten lassen. Idealzustand wäre eine geschlossene Mitgliedschaft aller niedersächsischen KommunalpolitikerInnen in der SGK.

Arbeitsfelder der SGK Niedersachsen:

- Interessenvertretung der niedersächsischen Kommunen gegenüber der Landesebene, derzeit vorrangig der SPD-Landtagsfraktion
- Dienstleistung gegenüber der Mitgliedschaft:

- durch Herausgabe einer regelmäßigen Mitglieder-Zeitschrift (Sonderseite »SGK Niedersachsen-extra« in der DEMOKRATISCHEN GEMEINDE/DEMO),
- durch einen regelmäßigen rechtlichen Beratungsdienst in der Geschäftsstelle in Hannover
- durch aktuelle Informationen an die Mitgliedschaft (sgk-newsletter)
- durch Herausgabe eines Wahlkampf-Handbuches zur jeweiligen Kommunalwahl
- durch Herausgabe einer Arbeitshilfe für KommunalpolitikerInnen

- Arbeitskreise und Fachkonferenzen
- Schulung und Rekrutierung von Nachwuchs sowohl für die Räte/Kreistage als auch die Hauptamtlichen-Wahlämter u.a. durch Mitarbeit in der Kommunalakademie der SPD/SGK. ■



Franz Einhaus,
SGK-Landesvorsitzender



Dr. Manfred Pühl,
SGK-Landesgeschäftsführer

Mehr Infos unter:
www.sgk-niedersachsen.de



Bernd Lange MdEP streitet für die Finanztransaktionssteuer.

WICHTIGE EUROPATERMINE

3.5., 19.30 UHR

Diskussionsveranstaltung:
ACTA AD ACTA LEGEN?

Mit **Petra Wilke**, Leiterin FES-Niedersachsen; **Jürgen Kuri**, Stv. Chefredakteur »c't – Magazin für Computertechnik«; **Dr. Klaus Oppermann**, Syndikus der Volkswagen AG; **Philipp Otto**, Redakteur der Internetplattform »Rights.info«; **Bernd Lange**, MdEP;

Moderation: Maximilian Schmidt,

Veranstalter: FES Niedersachsen, Restaurant Leineschloss, Hannover

11.5., 14.00 – 17.00 UHR

FACHKONFERENZ
EUROPÄISCHE STRUKTURPOLITIK 2014–2020,

U.a. mit: **Prof. Dr. Hans-Ulrich Jung**, Niedersächsisches Institut für Wirtschaftsforschung e.V.; **Dr. Dieter Rehfeld**, Institut Arbeit und Technik; **Sven Ambrosy**, Landrat des Landkreises Friesland; **Ralf Meyer**, hannoverimpuls GmbH; **Hartmut Tölle**, DGB Niedersachsen,;

Bernd Lange, MdEP;

Veranstalter FES Niedersachsen, üstra Vortragssaal, Goethestr. 19, 30159 Hannover

EUROPÄISCHE DEMOKRATIE STATT FISKALPAKT

Von Bernd Lange MdEP

Im Windschatten der Finanzkrise der letzten zwei Jahre sind insbesondere durch das Handeln von Nicolas Sarkozy und Angela Merkel die wirtschaftspolitische Ausrichtung der Europäischen Union und ihre demokratische Struktur in eine starke Schiefelage geraten.

FISKALPAKT

Den Höhepunkt dieser Entwicklung markiert der Anfang März 2012 von den Staats- und Regierungschefs der Europäischen Union (EU) – mit Ausnahme von England und Tschechien – unterzeichneten »Vertrag zur Stabilität, Koordination und Regierungsführung in der Wirtschafts- und Währungsunion« (Fiskalpakkt). Der Fiskalpakkt ist ein eigener völkerrechtlicher Vertrag neben den »normalen« Verträgen der Europäischen Union. Er sieht u.a. vor, dass das jährliche strukturelle Defizit nur maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts (BIP) betragen darf. Staaten, die ihren Grenzwert »erheblich« überschreiten, müssen Korrekturmaßnahmen ergreifen. Wenn ein Mitgliedstaat dies nicht umsetzt, wird dieser vor dem Europäischen Gerichtshof (EuGH) von anderen beteiligten Regierung verklagt und eine Regierung kann die Verhängung finanzieller Sanktionen von maximal 0,1 Prozent des BIP verlangen. Das Geld fließt bei Euro-Staaten in den Europäischen Stabilitätsmechanismus (ESM), ansonsten in den EU-Haushalt. Staaten, gegen die ein Defizitverfahren wegen zu hoher Verschuldung oder auch präventiv wegen möglicher zu hoher Neuverschuldung oder zu geringem Schuldenabbau läuft, müssen ein »Haushalts- und Wirtschaftspartnerschaftsprogramm« mit Strukturreformen vorlegen, das von EU-Kommission und Rat genehmigt und überwacht wird. Bei Zuwiderhandlung kann es auch Strafzahlungen geben. Länder mit einem Schuldenstand über 60% des BIP müssen den Abstand jährlich um ein Zwanzigstel verringern. Das würde für Deutschland jährlich Mindereinnahmen von ca. 25 Milliarden Euro bedeuten, für Italien 48 Milliarden Euro = 7% aller Staatsausgaben. Nur Euro-Länder, die den Pakt unterschrieben haben, sollen künftig Hilfen aus dem ständigen Krisenfonds ESM erhalten können.

Damit wird Haushaltsstabilität und Schuldenabbau zum alleinigen Allheilmittel gegen die Finanzkrise erhoben

und Austeritätspolitik bekommt unbestimmte Verfassungsqualität. Notwendige Maßnahmen zur Stimulierung des nachhaltigen Wachstums, zur Stärkung der Solidarität und zur Förderung von Beschäftigung werden nicht angepackt. Im Gegenteil, diese Politik bedeutet Kürzungen bei den staatlichen Ausgaben für Infrastruktur und Bildung, Lohnkürzungen sind die Regel, Steuererhöhungen treffen die Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer. In vielen Ländern steigt die Arbeitslosigkeit (EU-Durchschnitt z. Zt. knapp 10%, bei Jugendlichen 21%). Die soziale Spaltung wird weiter wachsen.

Mit dem Fiskalpakkt gewinnen allein die Regierungen an Macht. Die Mitwirkungsmöglichkeiten aller gewählten Parlamente werden ausgehebelt. Mühsam sind in den letzten 50 Jahren demokratische Strukturen in der EU verankert worden. Die Kernelemente einer repräsentativen Demokratie mit einem starken Europäischen Parlament sind Realität geworden. Und nun wir jenseits der demokratischen Strukturen der Europäischen Union einer neuer Vertrag geschlossen, in dem allein die Regierungen das Sagen haben. Das ist ein Skandal.

MEHR EUROPÄISCHE DEMOKRATIE UND SOZIALE ERNEUERUNG

Die nationalen Haushalte müssen zweifelsohne auf solide Füße gestellt werden, aber gleichzeitig ist Raum für Zukunftsinvestitionen zu schaffen. Schon Keynes hat klar formuliert: »Wer sparen will, muss wachsen lernen«. In einem einheitlichen Binnenmarkt und Währungsraum muss auch einheitlich wirtschafts- und fiskalpolitisch gehandelt werden; sonst wird der Wettbewerb der günstigsten Löhne, Steuer- und Sozialsysteme angeheizt. Die EU braucht dringender denn je eine gemeinsame Wirtschaftspolitik mit Strategien für Wachstum und Beschäftigung. Dazu gehört eine wirkliche europäische Wirtschaftsregierung mit einer effektiven Koordinierung und Impulsen etwa durch harmonisierte Steuerpolitik, gemeinsame Investitionsziele, Innovationspolitik, Bekämpfung von Arbeitslosigkeit und Sozialdumping.

Anstatt den Arbeitnehmern und Verbrauchern in Europa immer neue Belastungen aufzubürden, muss die Einnahmeseite ins Auge genommen werden. Es ist doch absurd, wenn mit Steuergeldern

Banken und Geldfonds gerettet werden, sich die Länder deswegen in der EU verschulden und dann wegen der Verschuldung Zinserhöhungen bekommen und quasi Wucherzinsen zahlen müssen. Insgesamt hat sich das Geldvermögen in den Krisenjahren 2009 und 2010 in Europa auch dadurch von 27 Billionen Euro auf 29 erhöht. Dem gegenüber steht eine Verschuldung von 8,2 Billionen. Deswegen müssen Kapitaleinkünfte und Vermögen angemessen besteuert werden. Die Regulierung des Finanzmarktes ist durchzusetzen und bei der Einführung einer europäischen Finanztransaktionssteuer gilt es, endlich Nägel mit Köpfen zu machen. Die Verursacher der Krise müssen an der Beseitigung der Kosten beteiligt werden das freie Geld muss wieder in Investitionen fließen und nicht zur Spekulation genutzt werden.

Der neue Vertrag bringt Gefährdungen für den gemeinsamen Weg in der EU mit sich. Mit einer solchen Politik werden soziale Zusammenhänge gesprengt und die Erosion der demokratischen Legitimation der EU wird weiter gefördert. Es darf keine EU-Abkommen oder Verträge außerhalb der Kontrolle der Europäischen Parlaments geben. Renationalisierungstendenzen werden durch solche eine Politik unterstützt und sind eine Gefahr für die Demokratie.

Der Widerstand gegen den Fiskalpakkt und die soziale Erneuerung Europas wird auf den Maikundgebungen des DGB in diesem Jahr eine zentrale Rolle spielen. Die Mai-Kundgebungen stehen unter dem Motto »Gute Arbeit für Europa - Gerechte Löhne, Soziale Sicherheit«. Ich werde dazu am 1.5. um 11.00 Uhr in Hänigsen, Gasthaus Sandkrug reden. ■

Einen ausführlicheren Text zum Thema »Europäische Demokratie und Fiskalpakkt« ist im Europabüro, Odeonstraße 15/16, 30159 Hannover zu erhalten oder auf der Website: www.bernd-lange.de zu finden.



Alle zwei Wochen Aktuelles im Newsletter »Europa-Info«. **HIER ANMELDEN:** www.bernd-lange.de/aktuell/europa-info

OHNE FRAUEN IST KEIN STAAT ZU MACHEN!

Frauen-Arbeit wird immer noch schlecht entlohnt

Der im Herbst 2011 im Zuge der Neustrukturierung der Arbeitsgemeinschaften erstmals zusammengetretene Landesausschuss der niedersächsischen ASF sieht für sich eine klare Aufgabenstellung: Einmal muss eine Volkspartei wie die SPD nach außen erkenntlich und sprachfähig sein und zum anderen braucht gerade eine Partei, die sich seit fast 150 Jahren für Frauenrechte und die Verbesserung der Situation von Frauen einsetzt, immer wieder Impulse, damit dieser Prozess nicht stagniert.

In den ersten Monaten des Wahlkampfjahres 2012 haben sich die Landesausschuss-Frauen deshalb intensiv mit der Erarbeitung eines Programmpapiers für den Landtagswahlkampf beschäftigt.

Denn gezielte Frauen- und Gleichstellungspolitik ist kein »Schnee von gestern«, wie in Stammtischrunden gern belächelt wird, sondern ist heute noch ebenso notwendig wie vor 30 Jahren. Deutlich wird das besonders beim Vergleich der wirtschaftlichen Situation: Frauen verdienen durchschnittlich pro Jahr knapp ein Viertel

weniger als Männer. Auf die durchschnittliche Lebensarbeitszeit gerechnet verdienen Frauen sogar nur 42 % dessen was ein Mann im Schnitt verdient, also 58% weniger! Und das, obwohl bereits seit einigen Jahren die Bildungsabschlüsse von Frauen höher sind als die von Männern.

Dieses Lohngefälle macht deutlich, dass die Lebenswirklichkeit von Männern und Frauen sich nach wie vor stark unterscheidet und dass Frauen nach wie vor keine echte Gleichberechtigung erleben. Wer sich wirtschaftlich nicht auf Augenhöhe bewegt, wird auch in anderen Bereichen keine echte Gleichberechtigung erleben. »Wir stellen immer wieder fest, dass die gefühlte Gleichberechtigung wesentlich weiter ist, als die tatsächliche. Die unterschiedliche Aufteilung von Arbeit, Familie und Karriere wird oft nur als privates Problem einzelner Frauen wahrgenommen, nicht als gesellschaftliche Schieflage. Dabei ist es Aufgabe der Politik hier für einen Ausgleich zu sorgen,« sagt dazu die Landesausschuss-Sprecherin Annette von Pogrell.



Um der Stagnation, die die niedersächsische Landesregierung auch im Bereich Frauenpolitik auszeichnet, konkrete Erwartungen, Ziele und Vorschläge entgegenzusetzen, hat der Landesausschuss besagtes Programmpapier erarbeitet und im Rahmen eines Treffens an den Spitzenkandidaten Stefan Weil übergeben.

Für die kommenden Monate sollen die Inhalte des Programmpapiers in dezentralen Veranstaltungen in den Bezirken diskutiert werden. ■

Podiumsgespräch an der TU Braunschweig zum Thema »equal pay« (v.l.n.r.): Silvia Stelzner, Betriebsrätin VW Financial Services AG, Manfred Casper, Hauptgeschäftsführer des Arbeitgeberverbandes Region Braunschweig, Annette von Pogrell, ASF-Landesausschuss-Sprecherin und Dr. Angela Dinghaus, Gleichstellungsbüro der TU Braunschweig.

VORWÄRTS
RÄTSEL

Am 4. Mai 1887 präsentiert ein junger Mann in Washington D.C. der staunenden wissenschaftlichen Öffentlichkeit einen Apparat, mit dessen Hilfe sich, wie er wenig später behauptet, ein Menschenleben in 20 Minuten zusammenfassen lasse: »5 Minuten lang Kindergebrabbel, 5 Minuten für das Jauchzen des Knaben, 5 Minuten für die Gedanken des Mannes und den Rest für die schwachen, letzten Äußerungen auf dem Totenbett.« Recht lange hat der junge Mann an diesem Apparat getüftelt, allein, es fehlt ihm, dem armen Einwanderer, das Geld zum Bau. Eine andere bahnbrechende Erfindung, die er ausgerechnet an seinen Hauptkonkurrenten verkauft, verschafft ihm die nötigen 75000 Dollar Kapital, um sich ein eigenes Entwicklungslabor einzurichten. Zunächst experimentiert der junge Mann mit Glasplatten, die er mit Ruß und Leinöl überzieht. Von diesen Negativen lässt er auf Zinkblechen Positive anfertigen, die mit 150 Umdrehungen pro Minute auf seinem Apparat laufen. Später prüft er die Eignung von Hartgummi um schließlich 1895 jenes Gemisch zu finden, das 60 Jahre lang Grundlage für die Konservierung von Tönen sein soll. Es besteht aus einer harzigen Substanz, Gesteinsmehl, Ruß und Pflanzenfasern. Erst dieses Gemisch ermöglicht die industrielle Fertigung der Schallplatte, die heutzutage aus Vinyl hergestellt wird. Wie heißt der junge Mann, der am 20. Mai 1851 in Hannover geboren wurde? Zu gewinnen gibt es eine Schallplatte. ■ lopo

Die Lösung bitte an den
vorwärts, Odeonstraße 15/16,
30159 Hannover

Im April war Gernika gesucht.
Gewonnen hat Wolfgang
Mohring aus Hannover.

RECHTSEXTREMISMUS BEKÄMPFEN UND OPFER SCHÜTZEN

Stephan Weil fordert Verbot der NPD

Die Suche nach den Konsequenzen aus der Mordserie der Zwickauer Terrorzelle zog sich durch alle Beiträge einer Veranstaltung des SPD-Landesverbandsforum »Gegen Rechts«. Deutlich wurde, dass es keine einfachen Antworten auf die Fragen nach Ursachen und Möglichkeiten der Bekämpfung des Rechtsextremismus gibt.

Zur inzwischen siebten öffentlichen Veranstaltung zu diesem Themenbereich konnte die Leiterin des Forums »Gegen Rechts« Sigrig Leuschner MdL über 150 Gäste begrüßen, darunter viele Vertreterinnen und Vertreter staatlicher Einrichtungen sowie von Vereinen und Verbänden. »Wir wollen eine breite Vernetzung mit gesellschaftlichen Gruppen, um uns mit den Ursachen von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit auseinanderzusetzen und Gegenmaßnahmen zu entwickeln«, unterstrich Sigrig Leuschner in ihrer Begrüßung. Die Wurzeln reichten bis mitten in die Gesellschaft und seien keineswegs nur auf Randgruppen beschränkt.

In einem ersten Grundsatzreferat des Abends machte SPD-Landesvorsitzender Stephan Weil deutlich, dass es in Deutschland glücklicherweise weit weniger Rechtsextremen gelinge, Parlamentsmandate zu erringen als dies etwas in Frankreich oder auch in den Niederlanden der Fall sei. »Wir dürfen uns aber nicht von Statistiken blenden lassen«, warnte Weil. Die nackten Zahlen machten nur die Spitze des Eisberges sichtbar und wie weit rechte Vorurteile bis mitten in die Gesellschaft hineinreichten, zeige beispielsweise, dass Diskothekenverbote für junge Ausländer immer noch Gang und Gäbe seien. »Es sind nicht in erster Linie Kahlköpfe mit Springerstiefeln, die uns Sorgen machen«, betonte Weil, sondern man habe es oftmals mit »zutiefst bürgerlichen Menschen zu tun.

Eine Politik der Integration nannte Weil die beste Möglichkeit der Bekämpfung des Rechtsextremismus. Junge Menschen, die Isolation, Angst und Verunsicherung erlebten, seien besonders anfällig und suchten dann u. U. Geborgenheit in rechtsextremen Gruppen. Zu den integrativen Anstrengungen gehören nach Weils Meinung der forcierte Krippenausbau, Sprachförderung und langes gemeinsames Lernen.

Aber neben der Prävention müsse es ebenso die Repression geben, betonte der Jurist. Nur eine Mischung von Beidem sei für ihn der richtige Ansatz. Weil



Fordert das Verbot der NPD: SPD-Landesvorsitzender Stephan Weil.

machte deutlich: »Ich bin für ein NPD-Verbot.« Dieses müsse man anpacken, sobald man sich sicher sei, einen solchen Prozess erfolgreich führen zu können. Völlig unvorstellbar sei es bislang für ihn gewesen, dass die Zwickauer Bande über Jahre hinweg in Deutschland unerkannt habe Morde begehen können. Besonders schlimm habe er zudem empfunden, dass sogar die Opfer selbst unter Verdacht geraten seien. Überhaupt fühlten sich Opfer rechter Gewalt in unserem Staat häufig allein gelassen.

Dr. Manfred Murck, Leiter des Landesamtes für Verfassungsschutz in Hamburg und zweiter Referent des Abends, gestand unumwunden ein, »die staatliche Verbrechensbekämpfung hat im Falle der Zwickauer Terrorzelle versagt«. Er fand es wichtig, dass auch die Zivilgesellschaft sich aktiv gegen rechtsextreme Strömungen wende und manche Fehlentwicklung habe das Nichtvorhandensein solcher zivilgesellschaftlicher Akteure zum Hintergrund. »Aber wir brauchen auch Geld für diese Aufgabe«, betonte Murck, denn der Staat müsse Starthilfe für eine solche Arbeit leisten.

Nach dem Debakel des Versagens im Falle der Zwickauer Terrorzelle stehe der Staat vor einer ähnlichen Situation wie seinerzeit nach den Vorgängen von Hoyerswerda, wo die Übergriffe gegenüber Ausländern zunächst als Nachbarschaftsstreitigkeiten bagatellisiert worden seien.

Bildungs-, Wirtschafts- und Sozialpolitik helfe zur Bekämpfung des Rechtsextremismus nur auf Jahre und Jahrzehnte. Der Staat müsse aber jetzt für Schutz sorgen. Dazu müsse beispielsweise das Waffenregister herangezogen werden. Gleiches gelte für nicht vollstreckte Haftbefehle. In Deutschland gebe es die unvorstellbare Zahl von 144.000 solcher Fälle, allein in Hamburg befänden sich darunter 6 Rechtsextreme. Auch die Mitglieder der Zwickauer Terrorzelle seien mit Haftbefehl gesucht gewesen, aber dennoch

unbehelligt geblieben, erinnerte Murck.

In einer anschließenden Podiumsdiskussion berichtete Sebastian Edathy MdB aus der Arbeit des Untersuchungsausschusses des Bundestages. Es handle sich um den ersten Ausschuss dieser Art, der mit Zustimmung aller Fraktionen eingerichtet worden sei. Edathy erklärte, schon jetzt stellten sich zahllose Fragen wie z. B., was dazu geführt habe, polizeiliche Sonderkommissionen tendenziös mit »Bosporus« oder »Halbmond« zu bezeichnen. Allein solche Bezeichnungen ließen Zweifel daran aufkommen, dass die polizeilichen Ermittlungen mit der nötigen Unvoreingenommenheit und Offenheit auch für die Möglichkeit eines rechtsextremen Hintergrundes geführt worden seien.

Frank Jansen vom Tagesspiegel in Berlin nannte vor allem den Alltagsrassismus als ein wenig beachtetes Thema. Dessen Ausmaß sei völlig unterschätzt. Aber auch rechtsextremistisch motivierten Gewalttaten würde von staatlichen Sicherheitsbehörden allzu oft ein solcher Hintergrund abgesprochen. Noch im Jahre 2010 seien von 127 rechtsextremen Morden nur 47 Fälle als solche zugestanden worden. Erst jetzt, nach Aufklärung der Morde durch die Zwickauer Terrorzelle, gebe es eine neuerliche Überprüfung der Einstufung der in Rede stehenden Gewaltverbrechen. ■ (rh.)

Landesarbeitsgemeinschaft für das Gesundheitswesen INTERESSIERTE GENOSSINNEN UND GENOSSEN GESUCHT

Bereits in der Vergangenheit hat es immer wieder Initiativen und Anfragen gegeben, eine Landesarbeitsgemeinschaft von Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten zu gründen, die im Gesundheitswesen tätig und engagiert sind. Aufgrund eines neuerlichen Antrages hat sich der SPD-Landesvorstand mit diesem Ansinnen beschäftigt. Es wurde beschlossen, über den „Vorwärts“ das Interesse an einer solchen Arbeitsgemeinschaft (Arbeitsgemeinschaft der Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten im Gesundheitswesen - ASG) auf Landesebene abzufragen. Wer also Interesse hat, melde sich bitte schriftlich beim SPD-Landesverband Niedersachsen, Odeonstr. 15/16, 30159 Hannover oder per E-Mail: arbeitsgemeinschaftenSPDNDS@spd.de